

V0740/21

Landesgartenschau gelände

- Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW vom 11.08.2021 -

Ferienausschuss vom 19.08.2021

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW vom 11.08.2021 (V0740/21) und der Prüfungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 07.07.2021 (V0613/21) werden gemeinsam behandelt.

Frau Preßlein-Lehle geht auf die einzelnen Punkte des Dringlichkeitsantrages V0740/21 der CSU-Stadtratsfraktion ein und stellt fest, dass Ziffer 1 des Antrages die Verfüllung des Sees betreffe, was kein Thema in der Verwaltung gewesen sei. Der See bleibe erhalten. Ziffer 6 sei bereits erledigt. Die Ziffern 3, 5, 7 und 8 seien ihrer Meinung nach Prüfaufträge, bei denen keine Eilbedürftigkeit bestehe und die in der Phase des Umbaus, der bis Ende April 2022 abgeschlossen sein werde, geklärt werden könnten. Bei Ziffer 3 gehe es darum, neue Flächen für die Krautgärten und die ökologische Landwirtschaft zu suchen. Bei Ziffer 5 gehe es um die Prüfung eines gastronomischen Angebotes südlich des Gartenamts-Stützpunktes. Ziffer 7 betreffe die Sicherung des Geländes vor Vandalismus durch eine Einzäunung. Ziffer 8 beziehe sich auf die dauerhafte Sicherung einzelner Elemente in Bezug auf die Mittel aus dem Bürgerhaushalt. Das betreffe auch die Bürgerhaushaltsrichtlinie, denn dort könne man nur Investitionen und keinen Unterhalt bezuschussen. Bei den Ziffern 2 und 4 halte es Frau Preßlein-Lehle nicht für sinnvoll, zu differenzieren, alle gärtnerischen Beiträge, die das Gartenamt im Unterhalt betreffen, sollen vom Rückbau ausgenommen und erhalten werden. Bei den baulichen Anlagen sei es jedoch anders, dies betreffe sowohl den städtischen als auch den Pavillon des Umweltministeriums. Die Pavillons seien nicht für die dauerhafte Nutzung im Freien ausgelegt und würden bereits jetzt Schadstellen aufweisen. Die Verkehrssicherungspflicht bleibe bei der Stadt und damit würden auch Kosten auf die Stadt zukommen.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass nichts gegen ein Umweltbildungszentrum spreche, doch sie sei der Meinung, dass es nicht der richtige Ort und nicht das richtige Bauwerk sei. Dazu müsse die Expertise des Hochbauamtes abgewartet werden. Das Thema hätte schon lange dringend ein strukturiertes Konzept verdient, insofern nehme sie den Auftrag gerne mit.

Herr Hoffmann nimmt zum baulichen Zustand der zwei Gebäude des Umweltministeriums Stellung. Diese seien architektonisch gelungen und böten für die Sommermonate einen sehr guten Schutz vor der Witterung. Für einen dauerhaften Verbleib müsse allerdings aus baufachlicher Sicht Geld in die Hand genommen werden, z. B. für Fundamentierung, Konstruktion, Fensterscheiben, Dämmung der Wasserleitungen, Dach usw. Dazu kämen noch Überlegungen, wie das Gebäude vor Vandalismus geschützt werden könne. Stadträtin Mayr schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Stadtratssitzung am 04.10.2021 einen Vorschlag unterbreite, welche Kosten anfallen würden und dann darüber entschieden werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass der jeweilige Eigentümer nach Ende der Landesgartenschau seine Pavillons abbaue. Seiner Meinung nach sei es nicht sinnvoll, für teures Geld die Pavillons stehen zu lassen, denn diese seien nicht für eine langfristige Nutzung ausgelegt und ein Unterhalt sei auch notwendig. Ähnlich sei dies auch beim Pavillon der Regionen. Deshalb schließe er sich dem Antrag der Stadtbaurätin an und plädiere dafür, die zwei Gebäude abzubauen. Die Zielsetzung des Antrages könne aber gerne

weitergegangen werden. Auch gegen die Entwicklung eines vernünftigen Konzeptes spreche nichts.

Auf Nachfrage von Stadträtin Klein informiert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass der Pavillon der Regionen der Stadt gehöre und der Pavillon des Umweltministeriums gehöre dem Umweltministerium.

Herr Hehl bestätigt die Aussage von Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Seitens der Stadt seien die beiden Inhaber aufgefordert, diese Beiträge ab dem 04.10.2021 zurückzubauen. Nächste Woche laufe die Submission für die Ausschreibung des Rückbaus, diese könne zwar noch etwas gezogen werden, dennoch müsse man das Umweltministerium informieren, ob abgebaut werden müsse oder nicht.

Stadtrat Lipp schildert, dass die AfD-Fraktion diesen Prozess angestoßen habe und er nun auf die Verwaltungsvorlage Anfang Oktober gespannt sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass die meisten Punkte Prüfanträge seien und der Fokus nun auf den beiden Pavillons liege. Er ist der Meinung, dass heute entschieden werden solle.

Bürgermeisterin Kleine möchte von der CSU-Fraktion und den Freien Wählern wissen, ob ein Umweltbildungszentrum im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Pavillon stehe.

Stadtrat Semle erachtet es für wichtig, dass Entscheidungen, die getroffen werden, auch mit dem Arbeitskreis und dem zu gründenden Verein kommuniziert werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf ist der Meinung, dass heute entschieden werden solle, obwohl es bereits ein Nachnutzungskonzept gebe. Es solle nur entschieden werden, ob ein Abbau stattfinde oder nicht.

Stadtrat Süßbauer befürwortet ein Umweltbildungszentrum. Zum besseren Verständnis wolle er eine Vorlage der Verwaltung abwarten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf fasst noch einmal zusammen, dass fast alle Themen umgesetzt würden und die Zuschüsse zurückgezahlt werden müssten. Auch der See werde nicht einfach zugeschüttet. Es werde versucht, den Beitrag des Bund Naturschutz zu erhalten. Dasselbe gelte für die Krautgärten. Beim Thema Gastronomie sei man in Gesprächen mit dem Westpark, aber eine Außengastronomie sei erst für das nächste Jahr relevant. Bei den Beiträgen der Partnerstädte habe man sich bis zum Jahr 2045 verpflichtet. Dann gebe es noch die Frage, wie man mit Vandalismus umgehe und das Thema Bürgerhaushalt, was aber nicht dringlich sei. Das Einzige, was auch der Vorsitzende als kritisch sehe, seien die beiden angesprochenen Pavillons, die für eine Dauernutzung nicht geeignet seien.

Stadtrat Grob führt aus, dass sich ein Verein gegründet habe, der überwiegend aus Menschen bestehe, die unmittelbar in der Nähe wohnten und das gerne weiter nutzen wollten. Er ist der Meinung, dass geprüft werden solle, in welcher Lokalität und in welcher Behausung man dieses Umweltbildungszentrum einbinde. Sei ein Erhalt der Pavillons nicht möglich, sei es am sinnvollsten, diese abzubauen.

Bürgermeisterin Kleine zeigt auf, dass der Gedanke eines Umweltbildungszentrums nicht unbedingt an diesen ungeeigneten Pavillon zu knüpfen sei, sondern dass auch weitere Überlegungen angedacht sein könnten. Diese müssen im Zusammenhang mit dem Landschaftspflegeverband und anderen, auch städtischen, Umweltbildungsangeboten gesehen werden.

Stadtrat Grob stellt fest, dass die Aussage von Herrn Hoffmann von ihm so verstanden worden sei, dass es nicht unmöglich, sondern aufwändig sei, das Gebäude instand zu setzen. Deshalb sei es Teil des Prüfantrages, dies zu klären. Grundsätzlich sei der Verein der Freunde der Landesgartenschau der Meinung, dass versucht werden solle, den Pavillon zu erhalten. Klar sei auch, dass dies mit Kosten verbunden sei.

Frau Preßlein-Lehle zeigt am Beispiel der Gartenschau in Bayreuth auf, dass eine Kapelle, die erhalten worden sei, nun nach fünf Jahren aufgrund von Vandalismus und durch die Witterungsverhältnisse nicht erhaltenswert sei. Es sei ihrer Ansicht nach auch nicht nachhaltig, einen nicht auf Dauer ausgelegten Pavillon künstlich zu erhalten. Einfacher sei deshalb unter Umständen ein Konzept für ein vandalismussicheres, aber dauerhaft nutzbares Gebäude. Die jetzigen Pavillons müssten ihrer Meinung nach abgebaut werden, sonst blieben der Stadt die Kosten des Abbaus. Frau Preßlein-Lehle denkt, dass es mehr Sinn mache, sich gründlicher mit dem Thema Umweltbildungszentrum mit Verortung, Inhalt, gärtnerischen Beiträgen und dauerhaftem Erhalt zu befassen.

Stadtrat Höbusch stellt fest, dass er beim letzten Treffen des Freundeskreises anwesend gewesen sei. Der Verein wolle sich am nächsten Montag formal gründen. Vor diesem Hintergrund sei die Bitte des Freundeskreises gewesen, darüber zu sprechen, ob die Schritte Gründung von Arbeitskreisen usw. in dem Umfang noch notwendig und angedacht seien. Für Stadtrat Höbusch sei es nun nachvollziehbar, dass ein Erhalt der Pavillons mit entsprechende Kostenlasten für die Stadt verbunden sei und dieser Weg nicht gegangen werden solle.

Abschließend fasst Oberbürgermeister Dr. Scharpf zusammen, dass er sich dem Vorschlag von Frau Preßlein-Lehle anschließe und ein Abbau stattfinde. Flankierend werde ein Alternativkonzept geprüft, das der Zielsetzung gerecht werde. Dies hält der Vorsitzende für einen guten Kompromissvorschlag. Eine Abstimmung findet nicht statt.

Diese Verfahrensweise findet die Zustimmung der Mitglieder des Ferienausschusses.